

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1908)
Heft: 21-22

Artikel: Aufruf an die Völker
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802263>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

serer grossen Idee als solcher nichts entgegenhalten können, schieben uns einfach Antimilitarismus in die Schuhe, und dieser ist in weiten Volksschichten so verpönt und verhasst, dass wir schwer nur gegen die falschen Verdächtigungen aufkommen können.

Es ist ja schliesslich kein Wunder, dass oberflächliche Beobachter die beiden Bewegungen verwechseln, denn, da beide einmal eigentlich gegen die gleiche Institution ankämpfen — nur mit grundverschiedenen Mitteln und aus grundverschiedenen Gründen — so müssen sie nach der Meinung von Laien auch dieselbe Sache sein. Dem Antimilitarismus haftet nun ein bedenkliches Odium an, ergo ist dies auch mit dem „unter der gleichen Decke steckenden“ Pazifismus der Fall. Es wird dabei nur vergessen, dass die Friedensbewegung im Rahmen der heutigen sittlichen Gesellschaftsordnung wirkt, während die Antimilitaristen die letztere bis aufs Blut bekämpfen. Hier Volksbelehrung, dort systematische Volksverhetzung!

Unsere Sache ist es nun, dem Antimilitarismus energisch zu Leibe zu rücken. Aber dies darf nicht dadurch geschehen, dass wir Konzessionen machen! Wir müssen in unseren Bemühungen konsequent bleiben, auch nicht um ein Jota darf von unserem Programm abgewichen werden.

Es ist mir jüngst in einer Versammlung passiert, dass ein sonst eifriger Pazifist dem Friedensverein scharf opponierte. Warum das? Er griff zurück auf die um ein Jahr zurückliegende Abstimmung über die Militärorganisation und tadelte es, dass in der „N. Z. Ztg.“ ein bekannter Vorkämpfer unserer Bewegung für die Annahme votiert hatte, und zwar in einer Weise, dass man den ganzen Friedensverein dahinter vermuten musste. „Nur die Antimilitaristen bekämpfen dieses Gesetz, wir gute Patrioten stimmen natürlich dafür!“ Da haben wir es! Aus Furcht, man könne als Antimilitarist gelten, schreibt man für eine Sache, gegen die man auch als treuer Patriot sein muss, wenn man eben Friedensfreund sein will. Haben wir nicht das Abrüstungsproblem auf unser Programm genommen, und müssen wir uns deshalb nicht ablehnend gegen jegliche Vermehrung der Rüstungsmittel in unserem Staate verhalten? Es ist nun zwar schon geraume Zeit seit jener Abstimmung ins Land gezogen, aber man muss doch wieder darauf zu sprechen kommen, wenn sie einem stets neuerdings unter die Nase gerieben wird.

Wenn wir treu zu unserer Fahne halten und offen erklären, dass wir mit dem Antimilitarismus nichts zu tun haben, dann haben wir es nicht nötig, wenn uns einmal auf den Zahn gefühlt wird, für Fragen einzustehen, die wir bekämpfen müssen. Sonst laufen wir Gefahr, für Menschen zu gelten, die ohne Rückgrat sich immer nach derjenigen Seite bücken, von woher kein Wind kommt.

Unser Kampf ist ja so herrlich und schön! Was brauchen wir uns um Anfechtungen zu kümmern, wenn wir uns unser Ideal stets vor Augen halten. Noch nie ist ein Ideal ohne äusserste Anstrengungen durchgedrungen. Sollte es uns besser gehen? Die Hauptsache bleibt eben, dass wir uns nie Vorwürfe zu machen haben, durch Inkonsequenz den Sieg hinausgeschoben und verzögert zu haben!

* * *

Nachschrift der Redaktion. Wir bedauern, in der Frage betreffend die neue Militärorganisation mit unserem Freunde nicht einig gehen zu können. Es handelte sich bei der neuen Militärorganisation im wesentlichen nicht um „Vermehrung der Rüstungsmittel“, sondern um eine zeitgemässe Revision einer 1/3 Jahr-

hundert alten und darum veralteten Einrichtung. Aber die Friedensfreunde sind überhaupt für keinerlei Schwächung der nationalen Verteidigungskraft zu haben. Der Unterschied zwischen Antimilitaristen und Friedensfreunden lässt sich ziemlich genau präzisieren, und zwar in folgender Weise:

Der Antimilitarist erstrebt unbedingte Unterdrückung der militärischen Institution um jeden Preis. Also Verweigerung der Geldmittel zur Unterhaltung der Armee, Verweigerung der Dienstpflicht und des militärischen Gehorsams gegenüber dem Staate.

Der Friedensfreund erstrebt die Schaffung eines Rechtszustandes zwischen den Nationen und als natürliche Folge desselben Rüstungsstillstand, Abrüstung und Reduzierung der Armee zu einer Polizeitruppe.

Hält also unsere Regierung eine Verbesserung unseres Militärwesens oder sogar eine Rüstungsvermehrung nach reiflicher Erwägung für notwendig zu einer Zeit, da die Garantien für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit durch das internationale Recht noch nicht geschaffen sind, so müssen wir diejenigen, die dem Vorhaben der Regierung entgegenarbeiten und dadurch das Vaterland der grössten Gefahr aussetzen, als Antimilitaristen und Antipatrioten bezeichnen.

Es ist hier schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht worden, dass gerade in einem Lande wie der Schweiz, da als letzter Entscheid der Volkswille in Betracht fällt, die Gefahr besonders gross ist, dass dieses in mancher Beziehung vorausgeschrittene Volk es vergisst, dass die übrige Welt in ihren Anschauungen noch um einige Jahrzehnte zurückgeblieben ist und dass es darum in bezug auf seine Wehrhaftigkeit auf den Zustand seiner Umgebung Rücksicht nehmen muss, will es nicht eines Tages als gute Beute den benachbarten Raubrittern zum Opfer fallen.

Die Inkonsequenz liegt also allein da, wo man die richtige Folge nicht innehält.

Erst Schaffung des Rechtszustandes — dann Abrüstung!

G.-C.

—o—

Aufruf an die Völker.

Erlassen vom XVII. Weltfriedenskongress.

Während des letzten Jahres hat sich eine ernsthafte, aber vollkommen unbegründete Beunruhigung der politischen Welt bemächtigt.

Die Interessengegensätze, in denen sich verschiedene Nationen in verschiedenen Teilen des Erdballes befinden, werden von einer gewissen Presse aller Länder als unlösbare Konflikte geschildert. Broschüren, ja ganze Bücher erscheinen, die in phantastischer Weise einen Krieg der Zukunft, bald zwischen England und Deutschland, bald zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, bald zwischen ganzen Staatengruppen zu schildern unternehmen. Hochgestellte Männer behaupten, dass die Fragen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkte eines notwendig kommenden grossen Krieges betrachtet werden müssen.

Dieses Spielen mit Kriegsphantasien ist ein unverantwortliches Spielen mit dem Feuer.

Wo sind denn in Wahrheit Interessengegensätze von solcher Stärke, dass eine Nation, auch wenn sie den Krieg als letztes Mittel der Selbstverteidigung betrachtet, das Leben ihrer Söhne, den Wohlstand eines Menschenalters, ja ihre Existenz gefährden möchte, um ihre eigenen Wünsche bis aufs letzte durchzusetzen, oder um einer anderen Nation zu nehmen, worauf diese bei billigem Ausgleich der Interessen Anspruch machen kann?

Nirgends!

Alle die Fragen, von denen man heute spricht, sind eines friedlichen Ausgleichs fähig, ohne dass irgend eine Nation ein Lebensinteresse aufzugeben braucht.

Und alle Nationen, alle Regierungen haben doch den guten Willen, wie sie nicht müde werden zu versichern. Sie alle bemühen sich, Schwierigkeiten, die zwischen ihnen entstehen könnten, durch Schiedsgerichte und stets verbesserte friedliche Verfahren auszugleichen. Sie alle wollen nicht Vergewaltigung der andern, sondern nur ihr gutes Recht und ihren Anteil an den Fortschritten wirtschaftlichen Gedeihens.

Die Gefahr liegt nicht sowohl in den streitigen Fragen selbst, als vielmehr in der Art, wie sie heute von einem gewissen Teil der Presse und von zumeist unverantwortlichen Personen behandelt werden.

Wenn man dem Publikum immer wieder versichert, dass der Gegensatz der Interessen zur Katastrophe führen müsse, wenn man von dem Kriege der Zukunft als unvermeidlich spricht, so schafft man eben dadurch eine gewaltige Kriegsgefahr; man gewöhnt die Nationen daran, sich fatalistisch in den Gedanken, dass ein Krieg kommen müsse, zu ergeben, und man schwächt die Widerstandsfähigkeit der friedlichen Kräfte für den Moment der Entscheidung!

Es ist hohe Zeit, Einhalt zu tun!

Wir Friedensfreunde appellieren deshalb an die besonnenen Leute aller Länder, sich diesem Treiben zu widersetzen und mit uns die Völker zur Vernunft zu rufen. Wenn die Partei der Leute des gesunden Menschenverstandes sich mit der Partei der Friedensfreunde verbindet, so werden wir unüberwindlich sein.

—o—

Deutsch-englische Annäherung.

Die Geschäftsleitung der deutschen Friedensgesellschaft erlässt infolge einer Zuschrift der englischen Friedensgesellschaft folgende Kundgebung: Wir begrüßen es mit Freuden, dass die englische Regierung den Gedanken einer deutsch-englischen Annäherung verwirklichen zu wollen scheint; wir würden es mit grosser Genugtuung sehen, wenn die auf den Völkern drückenden Lasten durch den Abschluss einer deutsch-englischen Entente erleichtert werden könnten und versichern unsere englischen Freunde, die diesem Ziel entgegenstreben, unserer lebhaften Sympathie.

Die Deutsch-Amerikanerin Miss Anna Eckstein in Boston will für die nächste dritte Haager Konferenz (1915) zwei Millionen Unterschriften zu gewinnen suchen. — Die studentischen Organisationen sollen wie in Frankreich und Italien für die Friedenssache durch Gründung akademischer Friedensgesellschaften gewonnen werden. — Im November dieses Jahres soll in Reutlingen die Generalversammlung der württembergischen Friedensvereine stattfinden. — Auf dem letzten Londoner Friedenskongress wurde über die „Rechte nationaler Minderheiten“ folgende Resolution angenommen: Der Kongress hält es für nötig, daran zu erinnern, dass die Achtung vor jeder Nationalität eine der grundlegenden Prinzipien der Friedensbewegung und jeder internationalen Verständigung ist, dass dieser gleiche Grundsatz in der inneren Gesetzgebung der Staaten befolgt werden muss, und dass insbesondere das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache eines der unveräusserlichen Rechte jeder Nationalität ist. Der Kongress fordert, dass man in den Staaten gemischter Nationalität den Sprachen der nationalen Minderheiten oder der unterworfenen Völker die grösstmögliche Rechtsgleichheit gewähre für die Verwaltung, für die Rechtsprechung, für den Unterricht, für das

öffentliche und private Leben, und dass Privilegien einer Staatssprache sich nur so weit erstrecken, wie es zur Erfüllung der Staatsaufgaben notwendig ist und nicht nach dem Belieben oder dem vermeintlichen Interesse der herrschenden Nationalität bemessen werden. Der Kongress ist der Ansicht, dass es die Pflicht der nationalen Friedensgesellschaften ist, diese Grundsätze in ihren betreffenden Ländern zur Geltung zu bringen.

—o—

Das Schicksal des Kongo.

Der Kongostaat ist das eigentliche Zentralafrika, so gross als Europa ohne Russland, mit etwa 15 Millionen Seelen. In diesem weiten Gebiet ist seit 1891 unter seinem Souverän König Leopold II. von Belgien die allgemeine Zwangsarbeit, also eine Sklaverei, eingeführt worden, deren blutige Greuel lange geheim gehalten, aber endlich zu einem Weltskandal geworden sind. So gut seinerzeit unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Sklaverei in Westindien und Nordamerika ihr Ende finden musste, und wenn es auch die grössten Opfer und die Vereinigten Staaten einen langen Bürgerkrieg kostete, so muss auch die nun bald 20 Jahre dauernde, weit blutigere Sklaverei im Kongobecken aufhören, welche die schwarze Rasse in ihrem Zentrum ruiniert, für die angrenzenden Kolonien einen Ansteckungsherd bildet und zugleich einen Rückschritt in den Bestrebungen zur Befreiung der Unterdrückten, welche die soziale Aufgabe unserer Zeit ist. Deshalb haben sich Vereine gebildet, um die ganze Wahrheit dieser Schmach offen darzulegen und dadurch auf Abhilfe zu dringen. So auch in der Schweiz, die gottlob noch die grossen Schäden der Menschheit empfindet, auch wo sie nicht unmittelbar darunter leidet.

Gerade der jetzige Moment ist hierzu der richtige und entscheidende, weil König Leopold seine afrikanische Domäne als Kolonie an Belgien abgetreten hat und es also wichtig ist, dass völlig unbeteiligte und wohlwollende Stimmen sich erheben, um Belgien zu sagen, was die Menschenfreunde und Christen denken über die Lage am Kongo, um ihm zu sagen, dass die Eingebornenfrage die einzig massgebende sein muss. Alles kommt darauf an, dass jetzt das Sklavereisystem nicht unter allerlei Vorwänden weitergeschleppt werde, sondern dass Belgien sich den Dank der Mit- und Nachwelt erwerbe, indem es das Volk des Kongo befreit.

Diese Zwecke allein verfolgt eine soeben erschienene Schrift der schweizerischen Liga. Der Verfasser lässt sie jetzt in erweiterter Gestalt an die Öffentlichkeit treten.¹⁾ Möge ihr eine wohlwollende Aufnahme werden!

—o—

„Humanitätsdusel.“

„Ein Krieg rechtfertigt nur dann seine Opfer und das Blutvergiessen, wenn man rücksichtslos seine Kräfte zur Erreichung des Sieges anspannt. Es ist eine hundertfach erhärtete Erfahrung, dass der Krieg um so humaner ist, je entschlossener er geführt wird. Je grösser die Ueberlegenheit auf der einen Seite, desto kürzer und unblutiger wird der Kampf.“

¹⁾ *Das Schicksal des Kongo* in der Gegenwart und Zukunft. Eine Gewissensfrage an die Menschheit. Im Auftrage der schweizerischen Liga zum Schutz der Eingeborenen im Kongostaat dargestellt von Dr. H. Christ-Socin, Vizepräsident. Preis 80 Cts. = 65 Pfg. Der Reinertrag ist für die genannte Liga bestimmt. Helbing & Lichtenhahn. Basel, 1908.